Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 21. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 08.05.2023

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

6. Stellenmehrbedarf in der Abteilung Ordnung - DS-Nr.: 5948 -

Die SPD-Fraktion machte auf eine Berichterstattung in den Medien über eine Umfrage bezüglich der Ausstattung der kommunalen Ausländerämter in NRW aufmerksam; die Vakanzen im Ausländeramt des Kreises lägen wohl im Durchschnitt. Sie werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie ebenso den Stellenmehrbedarf sehe, aber Schwierigkeiten damit habe, den Stellenplan um unbefristete Stellen zu erweitern und diesen immer weiter aufzublähen. Sie beantrage daher, die drei Stellen im Stellenplan für einen Zeitraum von drei Jahren mit einem kw-Vermerk zu versehen. Dennoch sollten die Stellen unbefristet ausgeschrieben werden. Man werde zukünftig vor der Herausforderung stehen, qualifizierte Mitarbeiter zu finden, weshalb sie es nur begrüßen könne, bereits jetzt Mitarbeiter aufzubauen. Sofern in drei Jahren festgestellt werde, dass die Stellen weiterhin erforderlich seien, bewillige man diese erneut; andernfalls könne man die Mitarbeiter an anderen Stellen der Verwaltung einsetzen. Im Hinblick auf die Arbeitskräftegewinnung sei es unerlässlich, den Mitarbeitern unbefristete Arbeitsverträge anzubieten.

Die FWG-UWG-Fraktion begrüßte den Vorschlag der CDU-Fraktion. Auf ihre Bitte informierte die Verwaltung zum Verbleib des Personals aus dem Coronamanagement. Zum einen teilte sie mit, dass die unbefristet eingestellten Mitarbeiter die Möglichkeit hätten, in anderen Bereichen der Verwaltung eingesetzt zu werden. Zum anderen erläuterte sie, dass es schwierig sei, Personal für die Ausländerbehörde zu gewinnen und man zuletzt für die dortigen Stellen Quereinsteiger gewonnen habe, die parallel den Verwaltungslehrgang I machten. Diese Variante wolle sie auch den befristeten Mitarbeitern aus dem Coronamanagement anbieten, weshalb man die Stellen intern ausschreiben wolle.

Die AfD-Fraktion erklärte, dass sie das Ansinnen der CDU-Fraktion unterstütze.

Die GRÜNE-Fraktion teilte mit, dass sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstütze. Sie halte Wartezeiten von fünf Monaten bei existenziellen Dingen wie Aufenthaltstiteln und Duldungen für deutlich zu lang. Ein kw-Vermerk mache die Stelle sicherlich nicht attraktiver, weshalb sie dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen werde. Sie fände es gut, wenn das Motto des Landrates, den Kreis als Ermöglichungsbehörde zu verstehen, auch für die Ausländerbehörde gelte.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass insbesondere die Ausländerbehörde des Kreises landesweit nicht den Ruf habe, eine Behörde der besonderen Ermöglichung zu sein. Sie plädierte dafür, es bei dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu belassen und die Stellen unbefristet auszuschreiben.

Die FDP-Fraktion erklärte, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da zum einen vor nicht allzu langer Zeit erst fünf Stellen für die Ausländerbehörde beschlossen worden seien und zum anderem die Verabschiedung des Haushaltes 2023 mit Stellenplan erst zwei Monate zurückliege. Auch wenn sie die Begründung nachvollziehen könne, halte sie es nicht für richtig, zum jetzigen Zeitpunkt zusätzliche Stellen zu beschließen. Ferner sollten zunächst die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung abgewartet werden.

Die FWG-UWG-Fraktion brachte ein, dass sich der kw-Vermerk auf die drei Stellen beziehe. Sofern die Stellen wegfielen, könnten sich die Mitarbeiter auf andere Stellen innerhalb des Hauses bewerben. Darüber hinaus merkte der Landrat an, dass den Bewerbern unbefristete Verträge angeboten werden sollten.

Die CDU-Fraktion stellte nochmals klar, dass die Einstellung unbefristet erfolgen solle und die zukünftigen Mitarbeiter damit eine langfristige Perspektive hätten. Mit den kw-Vermerken behalte man lediglich Handlungsfreiheit und könne das Personal zukünftig dort einsetzen, wo es benötigt werde. Letztlich müsse man auch ans Sparen denken.

Die SPD-Fraktion trug vor, dass sie bereits vor Jahren ihre Skepsis geäußert habe, Stellen im Vorgriff auf den Haushalt zu schaffen. Aber sie wisse auch, dass eine solche Diskussion nicht auf den Rücken der betroffenen Mitarbeiter sowie Antragsteller ausgetragen werden solle. Sie bleibe bei der Auffassung, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unverändert zustimmen solle.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass sie ebenfalls Vorgriffen auf den Stellenplan kritisch gegenüberstehe und deshalb bei der Verwaltung auch nochmals genauer nachgehakt habe. Die Verwaltung könne sehr gut begründen, dass es in diesem Fall notwendig sei. Sie führte zum einen an, dass die 3.300 Aufenthaltstitel der Ukrainer zum gleichen Zeitpunkt ausliefen sowie neu auszustellen seien, und zum anderen, dass sich 8 von 45 Mitarbeitern in einer Verwaltungsweiterbildung befänden und deshalb zeitweise nicht zur Verfügung stünden. Der kw-Vermerk sei ein Instrumentarium, mit dem man sowohl dem Ansinnen der Verwaltung als auch dem der Politik nachkomme.

Auf Nachfrage der Verwaltung teilte die CDU-Fraktion mit, dass die kw-Vermerke für die Haushaltsjahre 2024 – 2026 vorgesehen werden sollten.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag der Verwaltung einschließlich der von der CDU-Fraktion beantragten Ergänzung abstimmen.

Der Kreisausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Im Stellenplan 2024 werden für die Abteilung Ordnung

- 2,0 Stellen Sachbearbeitung im Bereich Aufenthalt (EG 8/A 8)
- 1,0 Stelle Servicepoint (EG 6/A 6)

unbefristet zusätzlich ausgewiesen und für die Haushaltsjahre 2024 bis 2026 mit einem kw-Vermerk versehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die o.a. Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2024 zu besetzen.

Zudem wird ein zusätzlicher befristeter Personalmehrbedarf von 6,0 Stellen für den Zeitraum vom 01.07.2023 bis 30.06.2024 genehmigt.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen